



- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderats,
Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung und der Presse,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

hinter uns liegen Wochen, die in die Geschichtsbücher eingehen werden – und diese Zeiten sind noch nicht vorbei.

Eine Pandemie mit Auswirkungen, wie wir diese noch nie erlebt haben: Ein kleines Virus breitet sich dank Globalisierung unaufhaltsam und rasend schnell in die ganze Welt aus und fordert bedauerlicherweise zahlreiche Menschenleben. Gott sei Dank sind und waren es bei uns deutlich weniger als befürchtet. Trotzdem zwang uns die Situation zu drastischen Schritten und das in allen Lebensbereichen:

In erster Linie natürlich im Gesundheitswesen, wo OPs verschoben, ganze Krankenhaustrakte leergeräumt und pensioniertes Personal reaktiviert wurde. Intensiv getroffen hat die Krise die Wirtschaft, die fast zum Erliegen kam. Mit den finanziellen Folgen und vor allem dem Minus in unseren Steuereinnahmen beschäftigen wir uns heute in diesem TOP und vermutlich auch noch eine ganze Weile danach.

Aber auch für unser tägliches Leben gab es immense Auswirkungen. Zu Anfangszeiten waren durch Hamstereinkäufe die Regale in den Lebensmittelgeschäften leer gekauft, es bildeten sich Schlangen vor manchen Geschäften und viele Läden durften gar nicht erst öffnen.

Zusätzlich zu Ausgangs-, Kontakt- und Abstandsbeschränkungen war die Gastronomie geschlossen, weshalb wieder mehr selbst gekocht.

Außerdem waren Kleinkinder plötzlich in den eigenen vier Wänden zu betreuen und Schulkinder lernten nur noch mehr – bzw. halt eben weniger – zu Hause. Dass ich die Kindergarten- und Schulschließung als viel zu lange erachte, habe ich ja bereits im April hart kritisiert.

Es war nicht möglich, sich mit Freunden zu treffen, Vereinsaktivitäten wahrzunehmen, den Gottesdienst oder Kultur- und Sportveranstaltungen zu besuchen.

Ein kleines Beispiel wirkt bis heute nach: Wäre es nicht zu schön gewesen, wenn wir heute nach der Sitzung um 21 Uhr das letzte Gruppenspiel der deutschen Fußballnationalmannschaft der EM miteinander anschauen könnten?

Ja, so kann jeder seine eigene Geschichte erzählen, wie uns diese Zeit geprägt hat und es immer noch tut. All das hat uns zwar etwas mürbe gemacht, aber auf keinen Fall besiegt.

Im Gegenteil: Wir mussten lernen, neue Wege zu gehen, um Lösungen für bisher nicht bekannte Probleme zu finden.

Und so bleibt in all dem für mich aktuell als Zwischenfazit: Ja, es ist eine Zeit für die Geschichtsbücher, aber wir haben uns nicht unterkriegen lassen. Wir waren in vielen Bereichen des Krisenmanagements gut unterwegs, haben in Kürze viel über uns gelernt und vor allem das Beste daraus gemacht. Und manches Gute, neu Erfahrene werden wir uns hoffentlich auch aus der Krise heraus bewahren.

Das Gesagte gilt auch für diesen ersten Tagesordnungspunkt, die Einbringung des Nachtragshaushaltes: Es ist ein finanzpolitisches Novum für uns, denn es ist für jeden, der heute hier im Raum ist, so noch nie dagewesen.

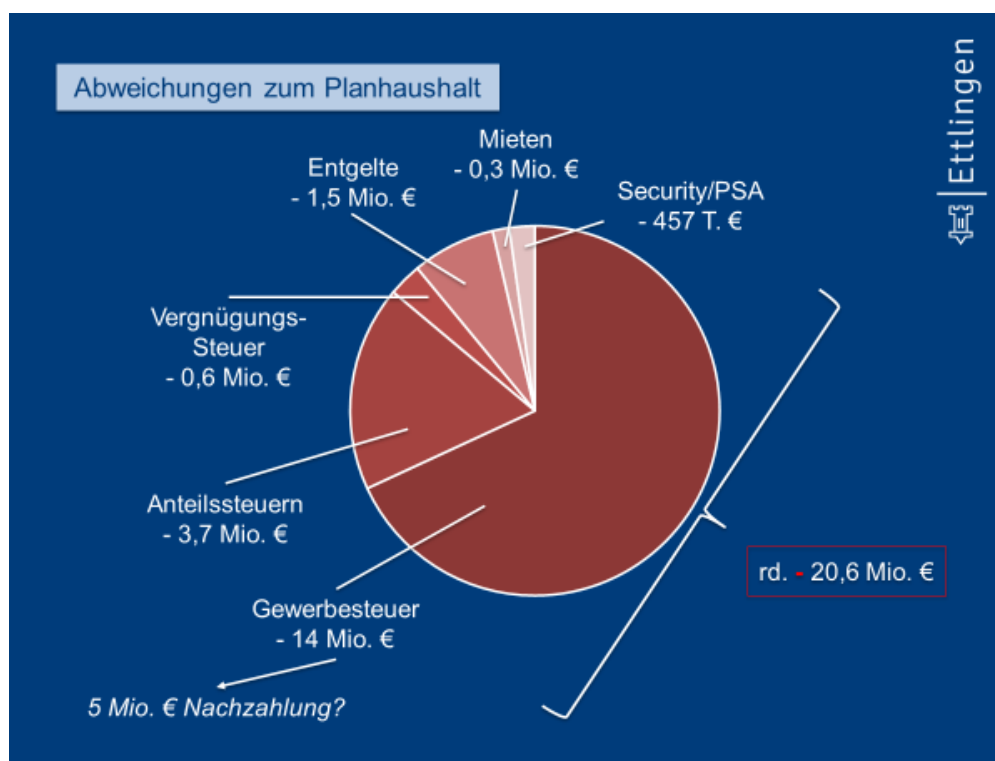
Nur im Jahr 1979 gab es unter Erwin Vetter einen Nachtragshaushalt, weil das Haushaltsjahr 1978 mit einem Fehlbetrag von rund 1,6 Mio. DM abgeschlossen hatte.

Die Dimension heute ist ungleich höher und trotzdem müssen wir wie damals das Beste daraus machen. Das ist leichter gesagt als getan, denn wie soll man diesen finanzpolitischen Hürden etwas Gutes abgewinnen?

Mir fällt nicht so viel ein, auch weil viele Positionen im Nachtrag an Erwartungen geknüpft sind, die jeweils für sich betrachtet wie seidene Fäden wirken. Aber viele dieser kleinen Fäden können zusammen auch ein festes Tau geben. Welche das sind, darauf will ich am Schluss eingehen.

Zuvor möchte ich kurz erläutern, wie es zu unserem Defizit kommt, das den Nachtrag erforderlich macht:

1. Wie hoch ist die Abweichung zum bisherigen Planhaushalt?



Verkürzt zusammengefasst kann man sagen, dass die CoronaPandemie bei uns ein Loch von ca. 20 Mio. € in die Kasse gerissen hat. 20 Mio. € – bei Flowtex waren es etwas über 20 Mio. DM. Wie kommt nun diese heutige Zahl zustande?

Stand heute müssen wir von 14 Mio. € weniger Gewerbesteuer ausgehen. Statt 39 Mio. € sind es nur 25 Mio. €. Dieser hohe Rückgang ist schon erstaunlich, denn in der Steuerschätzung und im Vergleich zu den Industriestädten unserer Größenordnung in der Nachbarschaft, wie Gaggenau, Rastatt, Bühl, Bruchsal, Bretten, bricht unsere Gewerbesteuer deutlich stärker ein. Dort zwischen 5 und 25% – bei uns ein Rückgang von ca. 35%. Noch haben wir dazu keine wirkliche Erklärung, außer der, dass es derzeit allen Unternehmen erlaubt ist, die Gewerbesteuervorauszahlungen zinslos zurückzufordern, um die Liquidität zu sichern. Wir beobachten in diesem Zusammenhang, dass dies auch sehr viele Unternehmen getan haben, die zu den guten Steuerzahlern gehören und nach unserer Kenntnis noch vollste Auftragsbücher haben.

Es schwingt also eine gehörige Portion Unsicherheit, aber auch Hoffnung auf Nachzahlung von Gewerbesteuer an uns mit. Deshalb haben wir den Wert der Gewerbesteuer auf das Jahresende hin mit 30 Mio. € taxiert.

Wir gehen von 5 Mio. € Nachzahlung und damit „nur“ 9 Mio. € Rückgang aus. Für dieses dennoch entstehende Delta gibt es die Aussage des Bundes, dass man die ausgefallene Gewerbesteuer kompensieren wolle. Sogar auf den vollen Wert, wenn das jeweilige Land mitfinanziert. Baden-Württemberg hat noch nichts geregelt, weshalb wir nur zwei Dinge wissen: Dass es nicht Null ist, aber auch nicht 100% – sondern irgendetwas dazwischen. Daher haben wir auch in der Mitte eine Erwartung von 5 Mio.€ Kompensation angesetzt. Diese Zahl ist allerdings so richtig oder falsch wie es 3 oder 7 Mio. € wären.

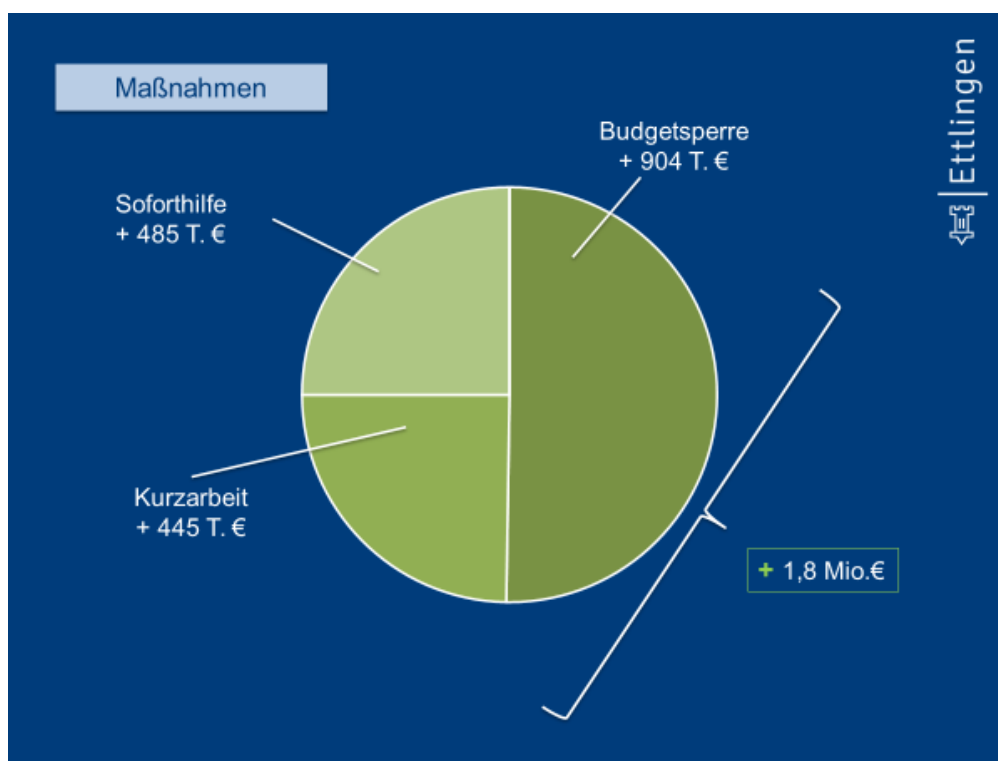
Dieser lange Exkurs war nötig, weil das die größte Ursache ist, die wir zu verschmerzen haben. Und weil wir – ich schließe Bund und Land mit ein – alles daransetzen müssen, dass es den Betrieben so bald wie möglich wieder besser geht. Einen kleinen Beitrag wollen wir ja heute mit unserem einzigartigen Förderprogramm für die Innenstadt dazu beisteuern.

Aber zurück zu den aktuellen Einnahmeausfällen, als da weiterhin wären:

- Rückgang der Anteilssteuern (Einkommenssteuer, Umsatzsteuer, Familienleistungsausgleich) um 10% laut Steuerschätzung und damit in Höhe von 3,7 Mio. €.
- 0,6 Mio. € weniger aus der Vergnügungssteuer.
- 1,5 Mio. € Wenigereinnahmen aus Entgelten, also Eintrittsgelder, Musikschulgebühren, VhS-Gebühren etc.
- 0,3 Mio. € weniger Mieten und Pachten v.a. aus den Laden- und Gastromieten.
- Dazu kommen Mehrausgaben für Security, Persönliche Schutzausrüstung, Mehrreinigung, Spuckschutz etc. in Höhe von 457 T €.

All das summiert sich auf über 20 Mio. € und wird nur etwas abgemildert durch unsere Maßnahmen, die wir in Erstreaktionen seitens der Verwaltung getroffen haben, dazu nun im Folgenden.

2. Welche Maßnahmen haben wir schon eingeleitet/ gab es?



Zunächst habe ich im März eine Budgetsperre veranlasst, damit nur noch gesetzliche und zwingend nötige Ausgaben sowie vertragliche Verpflichtungen bedient werden. Alles andere wurde zunächst in der Bewirtschaftung gestoppt oder musste von mir genehmigt werden. Das brachte immerhin einen Einspareffekt von ca. 904 T € auf das Gesamtjahr gesehen.

Weiterhin haben wir für eine begrenzte Zeit für knapp 80 Mitarbeitende Kurzarbeit angemeldet und dadurch Personalkosten gespart sowie Einnahmen von der Arbeitsagentur generiert – zusammen ca. 445 T €.

Zusätzlich gab es vom Land das zweimalige Soforthilfeprogramm für die Kitas mit jeweils 100 Mio. €. Bei uns sind davon 450 T € angekommen, wovon wir allerdings etwa die Hälfte an die Kitaträger weitergegeben haben.

Darüber hinaus haben wir weniger Umlagen im FAG und andere Wenigerausgaben. Wenn man diese Einzelposten saldiert kommt man auf eine Summe von ca. 1,8 Mio. €, die wir weniger ausgeben bzw. mehr einnehmen.

Weiterhin haben wir alle Baumaßnahmen, die noch nicht begonnen sind auf Pause gestellt und bei anstehenden Planungen, wie z.B. dem Wettbewerb zum Kindergarten Kaserne Nord die Zeiten so verlängert, dass wir noch Entscheidungsvariablen haben.

Im Finanzhaushalt haben wir auch große Eingriffe vorgenommen und planen, über 6 Mio. € nicht auszugeben. Am deutlichsten sieht man das bei den Baumaßnahmen, diese sind ursprünglich bei 22,9 Mio. € angesetzt und sinken trotz Halle Schöllbronn, Kindergarten Festplatz und Neuem Markt auf 18,1 Mio. € – also um fast 5 Mio. €. Natürlich werden auch diese 18,1 Mio. € nicht voll ausgegeben, sondern bei einer üblichen Bewirtschaftungsquote von ca. 60% etwa 11 Mio. € davon. Da unsere Liquiditätsbetrachtung aber immer auf die volle 100% Bewirtschaftung abstellt kommt es hier zu einem Ungleichgewicht der Zahlenvergleiche wie wann man die Liquidität ohne Coronafolgen betrachten würde.

3. Was beinhaltet der Nachtrag?

Haushaltssatzung

Ettligen

Nachtragshaushaltssatzung
der Stadt Ettligen für das Haushaltsjahr 2020

Auf Grund der §§ 76 und 82 der Satzung zur Bildung der Gemeinde für die Gemeindeamt am 28. August 2020 (Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020) beschließen:

§ 1 Ergänzungshaushalt und Finanzhaushalt

Mit dem Nachtragshaushalt werden die voraussichtlich anfallenden Einnahmen und erforderlichen Maßnahmen sowie die entsprechenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen wie folgt festgelegt:

Nr.	Einnahmen		Ausgaben	
	2020	2021	2020	2021
1.1	100.000,00	100.000,00	100.000,00	100.000,00
1.2	100.000,00	100.000,00	100.000,00	100.000,00
1.3	100.000,00	100.000,00	100.000,00	100.000,00
1.4	100.000,00	100.000,00	100.000,00	100.000,00
1.5	100.000,00	100.000,00	100.000,00	100.000,00
1.6	100.000,00	100.000,00	100.000,00	100.000,00
1.7	100.000,00	100.000,00	100.000,00	100.000,00

3. im Finanzhaushalt mit den folgenden Beträgen

Nr.	Einnahmen		Ausgaben	
	2020	2021	2020	2021
3.1	100.000,00	100.000,00	100.000,00	100.000,00
3.2	100.000,00	100.000,00	100.000,00	100.000,00
3.3	100.000,00	100.000,00	100.000,00	100.000,00
3.4	100.000,00	100.000,00	100.000,00	100.000,00
3.5	100.000,00	100.000,00	100.000,00	100.000,00
3.6	100.000,00	100.000,00	100.000,00	100.000,00
3.7	100.000,00	100.000,00	100.000,00	100.000,00
3.8	100.000,00	100.000,00	100.000,00	100.000,00
3.9	100.000,00	100.000,00	100.000,00	100.000,00
3.10	100.000,00	100.000,00	100.000,00	100.000,00

§ 2 Rückstellungen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Rückstellungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Investitionsrücklage) wird von

Ettlingen mit 10.000.000 €

besteht aus:

§ 3 Nachtragsergänzungen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ergänzungen zum Etatplan von Verpflichtungen, die laufende Verpflichtungen mit Auszahlungen für Investitions- und Investitionsförderungsmaßnahmen betreffen (Verpflichtungsergänzungen), wird von

Ettlingen mit 14.800.000 €

14.800.000 €

besteht aus:

§ 4 Gesamtwerte

Der Gesamtwert der Investitionen der Gesamtwerte wird von

Ettlingen mit 12.000.000 €

24.000.000 €

besteht aus:

§ 5 Gesamtwerte

Die Gesamtwerte werden nicht geändert.

Ettlingen,

(Ortname Amt)
Ordnungsamt

Wenn wir also schon so viel im Vorfeld im Haushalt operiert haben – oder besser, diesen ausgeschlachtet haben – was beinhaltet der Nachtrag dann noch?

Erst mal nicht viel mehr als die laufenden Aufgaben und Vorhaben, die gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen.

Sie sehen im Nachtrag die diskutierfähigen Veränderungen bei den Baumaßnahmen und in geringem Umfang beim Erwerb beweglicher Sacheneine Aufstellung im Vorbericht auf den Seiten 27 bis 29.

Schließlich erhalten Sie von uns eine Anlage die aufzeigt, was man stoppen kann oder nicht. Dabei muss man abwägen, ob man die Konsequenzen, die wir dort aufzeigen, akzeptieren will oder nicht.

Ein Beispiel dafür wäre die vom Land geförderte Digitalisierungsplattform für Vereine, die uns zwar etwas kostet aber der Nutzen daraus gerade in Krisenzeiten wie diesen evident wichtig ist.

Das, was wir dann im Nachtrag für dieses Jahr noch vorschlagen, halten wir für das maximal Mögliche und somit beschränkt sich der Nachtrag vor allem auf die Sicherung der Liquidität. Denn wir müssen für all diese laufenden Aufgaben Rechnungen bezahlen und jeden Monat über 3 Mio. € an Gehälter überweisen. Und wenn dann plötzlich 14 Mio. € Gewerbesteuer fehlen, dann ist das ein Wort.

Kreditbedarf	
Finanzierungsmittelbedarf (ohne Kreditaufnahme)	25,1 Mio. €
Ermächtigungsübertrag 2019/20	16,6 Mio. €
Mindestliquidität 2020	2,1 Mio. €
Gesamtbedarf	43,8 Mio. €
Liquide Mittel Stand 01.01.2020	30,3 Mio. €
Liquiditätslücke = Kreditbedarf 2020	13,5 Mio. €

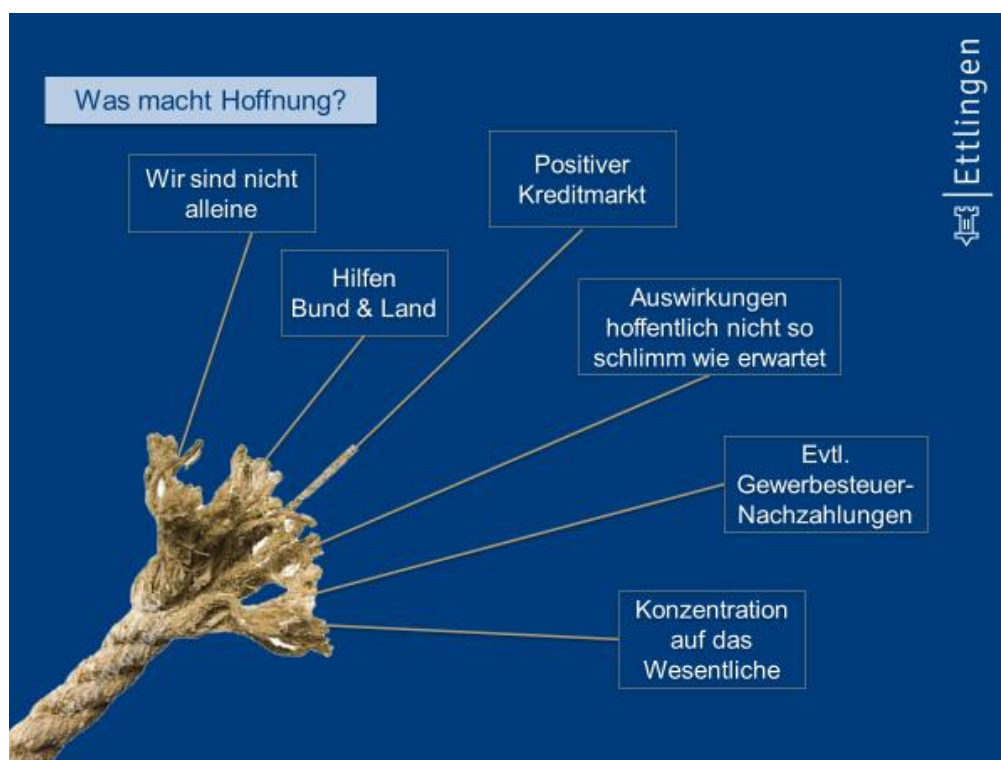
Zur Zahlungsfähigkeit schlagen wir Ihnen vor, dass wir die Kassenkreditgrenze um den Betrag wie bisher (12 Mio. €) erhöhen, denn die Kassenkreditlinie für 2020 wurde von uns bereits vorsorglich zu sehr guten Minuskonditionen ausgeschöpft.

Weiterhin müssen wir eine Kreditermächtigung von 13,5 Mio. € vorsehen, die wir nicht in voller Höhe ausschöpfen werden, aber so haben wir die Genehmigungsfähigkeit unseres Haushaltes gegeben.

Im Vollzug denke ich, dass wir einen langfristigen Kredit zu derzeit niedrigen Kommunalkonditionen um oder unter 1% für zwischen 4-6 Mio. € aufnehmen und die restlichen Summen mit dem Kassenkredit überbrücken können.

Somit wird die Verschuldung der Stadt leider um etwa das Doppelte steigen – und welche Auswirkungen das langfristig hat, das müssen wir in der mittelfristigen Planung für den Haushalt 2021 diskutieren. Ein dickes Pfund, das wir dann da mit reinnehmen. Doch es hilft nicht, das nur negativ zu sehen. Wir müssen das Beste daraus machen.

4. Was macht Hoffnung?



Wie eingangs schon gesagt: Die einzelnen Punkte für sich betrachtet, die Hoffnung machen, scheinen derzeit wie dünne seidene Fäden. Aber zusammen ergeben sie vielleicht doch ein festeres Tau mit etwas Sicherheit für die Zukunft. Ich möchte das konkretisieren:

- Da ist zunächst die Tatsache, dass unsere finanzielle Lage nicht daher rührt, dass wir schlecht gewirtschaftet hätten. Auf den Ausfall von aktuell 14 Mio. € Gewerbesteuer und coronabedingte Mehrausgaben und Mindereinnahmen in Höhe von 8 Mio. € kann man sich nicht vorbereiten, auch nicht mit einem dicken Portemonnaie. Ich finde es bedauerlich, dass es während der Krisenzeit Stimmen auch in einem Amtsblattbeitrag gibt, die behaupten, dies hätte man besser vorher planen sollen. Ich hätte in dem Zusammenhang gerne gewusst, welche Maßnahmen wir denn hätten bleiben lassen sollen:
Mensa? Schulsanierungen? Kindergartenbauten? Halle Schöllbronn? Sanierung Waldsaumhalle? Baugebiete? Stadion? Sagen Sie doch, was davon Prestigeprojekte sein sollen - und das bitte nicht im Nachhinein, sondern vorher bei der Beschlussfassung zum Bau.
Für mich bleibt es eine wichtige Tatsache, dass keine Kommune einen so dicken Geldbeutel hat, um das wirklich verkraften zu können. So gut wie alle sind durch die Krise in der gleichen Situation wie wir. Einzige Ausnahme sind vermutlich die SAP-Standorte.
- Das führt zum nächsten Punkt: Wir sind nicht – wie damals bei Flowtex – alleine. Mehr als 11.000 Gemeinden in Deutschland und über 1.100 Gemeinden in BW haben das gleiche Finanzproblem wie wir. Erst Mitte Mai hat eine Vollerhebung zur Lage in allen Gemeinden in BW ergeben, dass sich die Mehrausgaben- und Mindereinnahmen auf 4,6 Mrd. € gesamt aufhäufen. 4,6 Mrd€.
Das ist von großer Bedeutung, weil die kommunalen Spitzenverbände derzeit einig und kraftvoll auftreten. Sie konnten bei Bund und Land schon viel erwirken und künftig auch noch einiges für uns tun.
- Drittens gab es schon Hilfen von Bund und Land, auf die noch weitere folgen werden.

- Ein weiterer wichtiger Punkt, auf den ich setze und auch hoffe ist, dass es viele Unternehmen doch nicht so hart getroffen hat und wir Rückzahlungen bekommen werden, auch darauf bin ich zuvor bereits eingegangen.
- Wir können im Übrigen auch froh darüber sein, dass der Kreditmarkt aktuell gute Konditionen bietet.
- Und schließlich ist es vielleicht auch ganz gut, dass uns die jetzige Situation so radikal ausbremst, denn somit müssen wir uns zwangsweise auf das Wesentliche und Wichtigste konzentrieren. Das ist eigentlich keine schlechte Voraussetzung für den Diskussionsprozess rund um das ausstehende ISEK.

5. Was weiterhin sehr wichtig ist



Wir haben in den letzten Wochen viele Aufgaben zurückgefahren, vieles nicht angegangen oder auf kleiner Flamme weitergeführt.

Doch eines können und dürfen wir nicht: Das Vorausdenken, Arbeiten und Planen vor lauter Schreck und Belastung ganz einstellen. Im Gegenteil, ich halte es für dringend nötig, dass wir weiter aktiv handeln und gestalten – vielleicht nicht mehr so

viel auf einmal, aber wir müssen beim Begonnenen weitermachen und Zukunftsthemen weiter im Blick halten.

Zum Beispiel die Dinge an der Schnittstelle Ökologie/ Mobilität/ Digitalisierung. Irgendwann wird die Pandemie überwunden sein – und wir werden merken, dass wir in diesen Bereichen immer noch gefordert sind. Vor allem aber dürfen wir nicht aufhören zu planen. Es werden in den nächsten Monaten sicher zahlreiche Förderprogramme von Bund und Land kommen und diejenigen Kommunen, die Pläne in der Schublade haben, werden die besten Förderungen und Konditionen am Markt bekommen. Nur so können wir verhindern, dass wir nicht in die gleiche Falle wie nach Flowtex tappen: Dass wir im Unterhalt und der Sanierung der Straßen und Gebäude alles kaputtsparen und es bis jetzt gedauert hat, wieder einigermaßen à jour zu sein.

Das ärgert mich übrigens fast am meisten, dass es noch 2-3 Jahre gedauert hätte und wir hätten die ganze Sanierungsstauwelle (aufgebaut in der Nach-Flowtexzeit) wieder abgebaut. Wir müssen aufpassen, dass wir unseren Nachfolgern nicht wieder eine solche Hypothek hinterlassen.

6. Verfahren und Termine



Nun noch zu den organisatorischen Rahmendaten. In den bisherigen VA-HH-Beratungen erfolgten die Diskussionen anhand der eingegangenen Anträge der Fraktionen/ Gruppen. Natürlich wäre es denkbar, dass die Fraktionen nun ebenso Änderungsanträge mit weiteren Vorschlägen einbringen. Wir haben aber so wenig Substanz im Haushalt gelassen, dass kaum mehr etwas rausgestrichen werden kann. Einzig die Liste mit Punkten, die wir zur zusätzlichen Entscheidung beigefügt haben oder Dinge, die wir übersehen haben. Aufstockungsanträge mag ich mir – mit Ausnahme von Projekten gegen die Krise – kaum vorstellen.

Wir sollten also den Ablauf im VA anders regeln. Es bietet sich hier der Vorbericht als Grundlage für den Ablauf an. Im Vorbericht sind die Veränderungen bei allen Sachkontengruppen aufgeführt. Im Ergebnishaushalt dürfte es unseres Erachtens keine Diskussionen geben, denn hier sind die Veränderungen, wie gesagt, fast vollständig alternativlos. Im Finanzhaushalt liegt der Schwerpunkt der diskutierfähigen Veränderungen bei den Baumaßnahmen und in geringem Umfang beim Erwerb beweglicher Sachen. Sollte es hier zu Fragen von Ihrer Seite kommen, können diese durch die entsprechenden Amtsleiter im Detail erläutert werden. Zudem hält sich die Anzahl der geänderten Positionen ja auch in Grenzen.

Über die mittelfristige Planung kann man im Nachtrag jedoch nicht diskutieren, denn der Nachtragshaushalt betrifft nur das laufende Jahr. Auch dient der Nachtrag nicht dazu, um über künftige Standards und weitreichende Struktureingriffe zu reden. Das ist Aufgabe des Haushalts 2021. Schließlich sind die Datengrundlagen für die Zukunft dafür heute auch noch zu unsicher – hoffentlich in einem halben Jahr besser und so werden mittelfristige Auswirkungen anlässlich der Haushaltsplanung 2021 dargestellt. Soll also eine Maßnahme aus dem HH 2020 geschoben werden, ist die Diskussion, in welchem Jahr dann die Durchführung erfolgen soll, erst bei den Haushaltsplanberatungen 2021 zu führen.

In der Klausur des Gemeinderats am 11.07. werden wir zwar nicht über den Nachtragshaushalt inhaltlich sprechen, eine gewisse Rolle wird er aber sicher trotzdem weiterhin spielen.

Die Verabschiedung des Nachtrags werden wir dann im Gemeinderat am 22.07. vornehmen und den Plan sofort dem RP vorlegen. Wir haben dort schon vorgewarnt,

dass man dann auch rasch genehmigt und die Regierungspräsidentin hat mir dies letzte Woche auch persönlich zugesagt.

7. Dank

Zum Schluss: Ich glaube, wir alle sind uns einig, dass wir uns dieses Novum des Nachtragshaushaltes, so einzigartig es auch sein mag, gerne erspart hätten. Vor allem wegen den schwer beherrschbaren Auswirkungen. Aber auch wegen des Aufwands, der hierin – zusätzlich zum Krisenmanagement – steckt. Daher danke ich allen, die in diesen Tagen zu diesem Werk beigetragen haben – allen voran der Kämmerei und allen Amtsleitern, die in vielen Abstimmungsrunden mitgewirkt haben.

Ihnen, dem Gemeinderat danke ich für den Vertrauensvorschuss an die Verwaltung, dass Sie uns für dieses Zahlenwerk die Zeit gegeben haben, bis wir wenigstens die schlimmsten Tage der Krise hinter uns haben und es wenigstens ein paar dürftige Aussagen von Bund und Land gibt,

Ich wünsche uns und damit den Finanzen unserer Stadt, dass alle hoffnungsvollen Erwartungen übertroffen werden. Damit wir die Folgen der Krise möglichst bald überwinden können. Ich will meinen Teil gerne beitragen und bin optimistisch, dass diese Zeit nicht nur in die Geschichtsbücher eingehen wird, sondern wir im Rückblick irgendwann feststellen, dass es zwar hart war, uns aber mehr Gutes geblieben ist. Zu unserem Wohl und zum Wohl der Stadt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.